



EUROPEfication

Friedensprojekt oder Kapitalismus ohne Demokratie?

Spätestens durch das Brexit-Referendum 2016 wurde klar:

Anti-EU- Positionen sind mehrheitsfähig. Bei Wahlen erreichten 2017 EU-kritische Parteien in den Niederlanden, Frankreich, Österreich und Deutschland durchweg zweistellige Ergebnisse. Grund genug, sich mit dieser Europaskepsis näher zu beschäftigen. Medial präsent ist hierbei vor allem das rechtspopulistische Lager: Le Pen, Farrage, Wilders und Petry setzten im Wahlkampf auf Klischees von faulen Menschen in den südlichen EU-Ländern, das Versprechen einer restriktiven Wirtschaftsmigration aus anderen EU-Staaten und eine Anti-Establishment-Rhetorik gegen „Brüssel“.

In Abgrenzung hierzu wird meist ein sehr positives Bild der EU gezeichnet:

Ein weltoffenes Bündnis, das für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit steht und den Friedensnobelpreis mehr als verdient hat. Übersehen werden die Stimmen, die diese Wahrnehmung mit guten Gründen hinterfragen: Tausende Tote an den Außengrenzen und die Pläne zum Aufbau einer EU-Armee wecken Zweifel an den Werten Frieden und Freiheit. Eine strenge Sparpolitik in südlichen Euro-ländern und die zentrale Stellung der ökonomischen Grundfreiheiten in den EU-Verträgen scheinen jenen recht zu geben, die die EU für ein Projekt der wirtschaftlichen Eliten halten. Und wie demokratisch ist eine EU, deren Parlament wenig zu sagen hat, die aber 2015 so sehr in die griechische Innenpolitik eingriff, dass viele von einem Putsch sprachen?

Wir wollen diskutieren:

Sind diese Kritikpunkte angebracht oder eine postfaktische Diffamierung der EU? Sind bestehende Probleme nur Nebenerscheinungen eines Erfolgsprojektes, die durch einige Reformen beseitigt werden können? Oder geben sie Anlass, das Projekt "Europäische Union" als Ganzes oder jedenfalls einen weitergehenden Ausbau, infrage zu stellen?

Unsere Gäste:

Prof. Dr. Markus Kotzur, LL.M. (Duke Univ.)

Universität Hamburg, Lehrstuhl für Europa- und Völkerrecht

25. Januar

18:15 Uhr

Universität Hamburg

Fakultät für Rechtswissenschaft-Hörsaal

Rothenbaumchaussee 33

20148 Hamburg

Prof. Dr. Andreas Fisahn

Universität Bielefeld, Lehrstuhl für Öffentliches Recht,
Umwelt- und Technikrecht und Rechtstheorie